

Nr. 14/13 vom 16.09.2014

European Energy Colloquium

Energiepolitische Perspektiven der neuen Legislaturperiode

Brüssel. Am Tag der Bekanntgabe der Namen und vorgesehenen Ressorts der zukünftigen EU-Kommissare durch den Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien e.V. in Brüssel das European Energy Colloquium. Vertreter der Gas- und Stromwirtschaft sowie der energieintensiven Industrien formulierten ihre Forderungen an die neue Kommission, die anschließend mit Vertretern des Europäischen Parlaments sowie Michael Hager (Kabinettschef des scheidenden EU-Energiekommissars Günther Oettinger) diskutiert wurden.

Michael Hager, der zugleich ehrenamtlicher Vorsitzender des European Energy Colloquiums ist, beschrieb aus seiner Sicht die energiepolitischen Perspektiven und Herausforderungen der neuen Amtsperiode der EU-Kommission. Auch wenn angesichts eines voraussichtlich spanischen Energiekommissars „ein anderer Wind“ wehen werde, blieben die „aktuellen Baustellen“ bestehen. In diesem Zusammenhang nannte er u.a. die Wahrung der Energieversorgungssicherheit und die Einigung auf die Energie- und Klimaziele 2030 inkl. Ziele zur Energieeffizienz.

Beate Raabe (Secretary General, Eurogas) stellte die Wahrung der Versorgungssicherheit, die Vollendung des Energiebinnenmarktes sowie die Klimapolitik in den Fokus ihrer Forderungen. Zwar sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht klar, ob der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine Auswirkungen auf die Versorgung der EU mit russischem Gas haben werde, dennoch warnte sie vor einer Überreaktion der EU. So sollte sich keiner der Mitgliedstaaten abschotten, sondern stattdessen grenzüberschreitende und marktbasierende Maßnahmen anstreben. Auch eine Verdrängung von Gas aus dem Wärmemarkt betrachtete Raabe aufgrund der fluktuierenden Bereitstellung von erneuerbaren Energien und der zusätzlichen Kosten für Speicher und Netze kritisch.

Aus Sicht von Raabe ist die Vollendung des Energiebinnenmarktes die beste Garantie für den Erhalt der Versorgungssicherheit in Europa. Manchmal gebe es auch physische Barrieren, häufig seien die Hürden jedoch politischer Natur. Sie appellierte in diesem Zusammenhang an die Politiker, den ohnehin geschrumpften Gasmarkt zu unterstützen, anstatt ihn weiter gezielt zu reduzieren, da dies eine Verringerung von Investitionen und der Versorgungssicherheit zur Folge hätte.

Mit Blick auf die Klimapolitik gab Raabe zu bedenken, dass es zu klären gelte, ob es das Ziel der Politik sei, in erster Linie die Treibhausgasemissionen durch ein funktionierendes Emissionshandelssystem zu reduzieren oder ob es darum gehe, die Treibhausgasreduktionsziele durch den gezielten Ausbau von erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz und somit stärkere Eingriffe in den Markt zu erreichen.

Als Vertreter der kommunalen Stromerzeuger rechnet Andreas Feicht (Vizepräsident, Verband kommunaler Unternehmen (Vku) e.V. und Kurator, Forum für Zukunftsenergien e.V.) mit einem weiter steigenden Einfluss der EU auf die Energiepolitik. Der Vku erwarte u. a. verbindliche Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für die Treibhausgasemissionen bis 2030, die auch die

einzelnen Mitgliedstaaten verpflichten. Hinsichtlich der Energieeffizienz sprach er sich für ein europäisches Ziel und gegen verpflichtende Maßnahmen aus.

Auch Feicht bewertete eine Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems als notwendig, um dauerhaft ein geeignetes Preisniveau zu schaffen, das Investitionen in emissionsarme Technologien anreizt. In diesem Zusammenhang sei die Schaffung einer Marktstabilitätsreserve ein interessanter Vorschlag.

Mit Blick auf den Energiebinnenmarkt sprach sich Feicht für eine Marktintegration der erneuerbaren Energien, die Beibehaltung der De-minimis-Schwelle beim Unbundling und die Möglichkeit der Einrichtung von mit dem Binnenmarkt kompatiblen Kapazitätsmechanismen aus. Außerdem forderte er auf nationaler und europäischer Ebene eine ehrliche und transparente Kommunikation über Energiepreisbestandteile und deren Entwicklung.

Schließlich befürwortete Feicht einen integrierten Ansatz beim Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze. Ein aufeinander abgestimmter und paralleler Ausbau würde zur Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit beitragen.

Hubert Mandery (Director General, CEFIC, European Chemical Industry Council) formulierte die Erwartungen der energieintensiven Industrien, insbesondere die der europäischen Chemieindustrie. Diese unterstütze das Ziel der „low carbon economy“ und weise darauf hin, dass dazu die Produkte der Chemieindustrie notwendig seien. Voraussetzung für eine „low carbon economy“ seien wettbewerbsfähige Energiepreise, die durch den Technologiewettbewerb zu erreichen seien. Mandery forderte eine realistische Klimapolitik, die global ausgestaltet und sich nicht durch Alleingänge der EU auszeichnen sollte. Außerdem sollte die Klimapolitik mit der Energie- und Industriepolitik abgestimmt sein.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments Jens Geier (S&D), Rebecca Harms (GRÜNE/EFA) und Michael Theurer (ALDE) unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld (Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien e.V.) war eine gewisse Skepsis gegenüber der personellen Neubesetzung der Europäischen Kommission zu erkennen. Insbesondere die Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen der zukünftigen Vizepräsidentin für das Thema „Energieunion“, der Slowenin Alenka Bratusek, und dem Fachkommissar für Energie und Klima, Miguel Arias Canete aus Spanien, hinterließ auf Seiten der Parlamentarier noch zahlreiche unbeantwortete Fragen.

Die Präsentation von Andreas Feicht steht in Kürze für Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. zum Download bereit. Bitte senden Sie bei Interesse eine Email an: info@zukunftsenergien.de.

Das Forum für Zukunftsenergien e.V. bedankt sich beim Mitgliedsunternehmen Shell Deutschland für die Unterstützung der Veranstaltung.

Das nächste European Energy Colloquium findet am 05. November 2014 in Brüssel statt. Vorgesehen ist eine Diskussion unter Beteiligung u.a. der Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz und Kuratorin des Forum für Zukunftsenergien, Eveline Lemke, über die regionalen Perspektiven und Erwartungen an die Amtsperiode der neuen Kommission

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der

Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Katja Freitag
Projektleiterin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de